
Ingrid Breckner

Aushandlung

Warum soziale Innovationen immer aushandlungsbedürftig sind

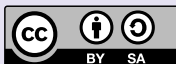
Dieser Beitrag fokussiert Zusammenhänge zwischen der Aushandlung räumlicher Transformationen und den Möglichkeiten sozialer Innovation. Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, dass sozial innovative Transformationen meist nur durch Aushandlung räumlicher Entwicklungsperspektiven erreichbar waren. Die gegenwärtige und die zukünftige räumliche Transformation sind durch zunehmende Komplexität und ein breiteres Spektrum beteiligter Akteure gekennzeichnet. Aushandelnde Akteure greifen auf unterschiedliche Ressourcen zurück, woraus spezifische Machtkonstellationen entstehen. Dabei setzen sich Akteure mit geringerer Handlungsmacht am ehesten für soziale Innovationen ein, können diese oft aber nur mit listigen Vorgehensweisen durchsetzen. Die abschließende Diskussion der Chancen und Hindernisse einer Umsetzung sozialer Innovationen in räumlichen Veränderungsprozessen verweist darauf, dass alle an Aushandlungen beteiligten Akteure sich auf Lernprozesse einlassen müssen, wenn diese komplexen Aufgaben in koproduktiver Zusammenarbeit auch unter systemischen Gesichtspunkten bewältigt und demokratisch legitimiert werden sollen.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Innovation](#), [Intermediarität](#), [System](#), [Transformation](#), [Widerstand](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Breckner, I. (2024). Aushandlung: Warum soziale Innovationen immer aushandlungsbedürftig sind. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.) *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 9-16). TU Wien Academic Press.
https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_2



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Aushandlung in transformativen räumlichen Entwicklungsprozessen

Die Stadtentwicklung ist spätestens seit den 1970ern mit unterschiedlichen **Transformation**serfordernissen konfrontiert: Die Automobilität wurde v. a. in Städten mit einem ausgebauten öffentlichen Nahverkehr angesichts der Ölkrise erstmalig infrage gestellt. Auch der großflächige Abriss von Bausubstanz für Großwohnsiedlungen war spätestens nach der Internationalen Bauausstellung (IBA) Berlin ab den 1980ern nicht mehr selbstverständlich (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [BBSR], o. J.). Aktivitäten zur Realisierung einer **sozial**- und klimaverträglichen Energie- und Mobilitätswende wurden ab den 2000ern immer vehementer eingefordert. Die seit dem Jahr 2020 europaweit akzeptierte Neue Leipzig-Charta stellt einen verlässlichen Orientierungsrahmen für koproduktive und ressortübergreifende Praktiken in der Stadtentwicklung dar (Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen [BMWSB], o. J.). All diese Veränderungen vollzogen sich in einem Spannungsverhältnis unterschiedlicher Interessen von wirtschaftlichen, politisch-administrativen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und gehen bis heute mit **komplexen** Aushandlungsprozessen einher. Sie beginnen oft erst, wenn **Transformationen** räumlicher Lebensbedingungen einen anhaltenden Protest auslösen, und führen im Idealfall auch zu **nachhaltigen Innovationen**: In Hannover erhöhte beispielsweise der private Betreiber des öffentlichen Nahverkehrs im Jahr 1969 die Preise. Dagegen protestierten Fahrgäste zusammen mit Autofahrer*innen mit der *Aktion Roter Punkt*, die schließlich nicht nur zu einer Reduzierung der Fahrpreise, sondern auch zur **nachhaltigen Innovation** der Kommunalisierung des ehemals privaten Betreibers führten (Schumacher, 2009). Auch die Vermeidung von Kahlschlagsanierungen musste deutschlandweit durch wirtschaftlich und politisch überzeugende fachliche Kritik, Vorschläge für mögliche Veränderungen **rechtlicher** Rahmenbedingungen sowie später in Aushandlungsprozessen legalisierte Hausbesetzungen mühsam erkämpft werden (Selle, 1986). Die Verweigerung verbindlicher, tradierter Wohnformen von Familien und Alleinstehenden manifestierte sich bereits seit den 1920ern immer wieder in **Experimenten** gemeinschaftlichen Wohnens. Gemeinschaftliche Wohnalternativen wurden – ob in Einküchenhäusern, sowjetischen Kommunehäusern, Wohn- oder Baugemeinschaften – verwirklicht und erfordern bis heute langwierige Aushandlungen des Zugangs zu Grundstücken und Krediten, der materiellen, ästhetischen und technologischen baulichen Gestaltung sowie der **rechtlichen** und sozialkulturellen Regulierung von Nutzungsbedingungen (Schmid et al., 2019).

Die gegenwärtig sich überlagernden Krisenphänomene infolge klimatischer, demografischer, politischer, wirtschaftlicher und technologischer Herausforderungen erhöhen auch im Bereich der Stadtentwicklung den Bedarf adäquater, für alle Gesellschaftsmitglieder tragbarer Interventionen. Dadurch steigt die **Komplexität** notwendiger Aushandlungsprozesse, weil unterschiedliche Gegenstandsbereiche und daran geknüpfte Interessen gleichzeitig zu berücksichtigen sind: Die Klimakrise manifestiert sich regional und **sozial**strukturell unterschiedlich. Daraus resultiert eine diverse Wahrnehmung in der Bevölkerung, der mit jeweils spezifischen Erklärungen und überzeugenden Maßnahmen – z. B. in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung oder Hitzeprävention – begegnet werden muss.

Aus der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik der Bevölkerung resultieren eine nach Alter, Geschlecht, Qualifikation und Herkunft höhere oder geringere **soziale** Vielfalt sowie räumlich unterschiedliche Ausprägungen **sozialer** Ungleichheit (vgl. Helbig & Jähnen, 2018). Sie werden in Wirtschaft, Politik und Verwaltung mehr oder weniger ernsthaft adressiert und in **partizipativen** oder koproduktiven Aushandlungsprozessen noch zu wenig konsequent berücksichtigt. Der Zugang von Bürger*innen zu Infrastruktur, Dienstleistungen und Arbeitsmärkten verändert sich gegenwärtig auch durch die zunehmend weiter verbreitete Digitalisierung, die von allen Menschen eine angemessene Qualifizierung erfordert. Angesichts dieser Vielschichtigkeit aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen bedarf es in Aushandlungsprozessen zur **Planung** und Umsetzung **transformativer** Maßnahmen neben verlässlichen Wissensgrundlagen und einem multiperspektivischen Wahrnehmungsvermögen relevanter Fragestellungen auch einer klaren Bestimmung der Zielsetzungen, Zeithorizonte und möglicher **sozialer** Folgen der angestrebten Veränderungen. Nur so kann der potenzielle Mehrwert mutiger urbaner **Transformationen** erkannt und der notwendige gesellschaftliche Wandel unter Vermeidung von Enttäuschungen kleinerer oder größerer Bevölkerungsgruppen für die Verwirklichung **sozialer Innovationen** genutzt werden.

Das Spektrum der Akteure, die eine **transformative** Stadtentwicklung aushandeln, erweist sich in den Sphären des Marktes, des Staates und der Zivilgesellschaft als breit gefächert. Als Marktakteure handeln insbesondere lokale und überlokale Eigentümer*innen von Boden, Gebäuden und Infrastruktur. Dies können einzelne Personen, Personengesellschaften oder anonyme Investor*innen aus dem In- und Ausland sein. Diese Interessengruppen treten in Aushandlungsprozessen oft gar nicht selbst in Erscheinung, sondern lassen sich durch Kanzleien oder Vertraute vertreten, weshalb sie für andere Beteiligte nur schwer greif- und verstehbar sind. Auf staatlicher Seite agieren in Aushandlungsprozessen lokale, regionale oder nationale Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung. Je nach politischer Couleur sowie persönlichen Interessen und Überzeugungen können auch sie sehr unterschiedliche, innerhalb der jeweiligen Handlungssphäre durchaus widersprüchliche Positionen einnehmen und dadurch Aushandlungen verzögern oder erschweren. Zivilgesellschaftliche Akteure gestalten Aushandlungsprozesse mit, sofern sie als Initiativen, Vereine, Verbände, Kirchen oder Stiftungen dazu eingeladen werden oder wenn es ihnen gelingt, eine **Mitwirkung** durch öffentliche Artikulation und solidarische Zusammenschlüsse Gleichgesinnter zu erzwingen. Auch diese Akteursgruppe ist in ihren Positionen keineswegs homogen und greift auf **rechtliche** Unterstützung zurück, sobald sie es sich leisten kann und der Eindruck entsteht, eigenen Vorstellungen mehr Nachdruck verleihen zu müssen. Da sich Aushandlungsprozesse je nach Gegenstand und dessen Relevanz für die Stadtentwicklung über längere Zeiträume hinziehen können, verändern sich aushandelnde Akteurskonstellationen und erfordern von den jeweils Beteiligten, ihre Perspektiven stets neu aufeinander abzustimmen. Gelingt dies nicht, kann es zu einem plötzlichen oder schleichenden Abbruch der Aushandlungen kommen. Dadurch bleiben **transformative** Potenziale in der Stadtentwicklung häufig ungenutzt und können allenfalls in zukünftigen Veränderungsprozessen neu aufgegriffen werden.

Ressourcen von Akteuren und Machtkonstellationen in Aushandlungsprozessen

Akteure, die Aushandlungsprozesse räumlicher **Transformationen** gestalten, unterscheiden sich nicht nur in ihren Interessen und Positionen, bedingt durch ihre Zugehörigkeit zu den Handlungsarenen des Marktes, des Staates oder der Zivilgesellschaft. Sie sind ebenfalls geprägt durch individuelle biografische, berufliche und alltagsweltliche Lebenserfahrungen, Wissensgrundlagen, gesellschaftliche und disziplinäre Denkmodelle, politische, administrative und wirtschaftliche Netzwerke sowie verfügbares **Eigenkapital**. Solche Ressourcen setzen sie in unterschiedlicher Weise offen oder verdeckt für die Etablierung von Handlungsmacht in der Aushandlung räumlicher Veränderungen ein. Je nach Machtkonstellation und den Zeithorizonten der Beteiligten treffen deshalb im Aushandeln wirtschaftliche, **soziale, rechtliche, kulturelle** und politische Argumente aufeinander, um deren Anerkennung mit unterschiedlichen Mitteln gerungen wird. Dazu gehören u. a. öffentliche Transparenz oder Verschwiegenheit, Mobilisierung von fachlicher, politischer oder wirtschaftlicher Unterstützung aus jeweils zugänglichen Netzwerken durch informelle **Kommunikation** oder mediale Intervention, investigative Recherchen sowie der kluge Einsatz indirekter oder paradoxer Interventionen¹, die neue Perspektiven auf den Gegenstand von Aushandlungen eröffnen.

Auch besonders machtvolle Akteure akzeptieren inzwischen in Aushandlungsprozessen die Notwendigkeit **sozialer Innovationen**, erweisen sich bei deren Durchsetzung jedoch häufig als skeptische oder zögerliche Bedenkenräger. Akteure mit geringerer Handlungsmacht, die zumindest auf einer schrittweisen Umsetzung **sozialer Innovationen** bestehen, sind deshalb – wie schon weibliche **Widerstandsformen** gegen patriarchale Einschränkungen im 19. und 20. Jahrhundert – auf *Listen der Ohnmacht*² angewiesen (Honegger & Heintz, 1981): Sie beflügelten ab den 1970ern die kreative Rückbesinnung auf eine behutsame Stadterneuerung (Altrock, 2018, S. 2444), unterschiedliche Variationen kollektiver Wohnformen (Kurz, 2015), die Rückgewinnung öffentlicher Handlungsmacht gegenüber spekulativen Investoren (Altrock et al., 2023; Ziehl, 2020), Ansätze der Rekommunalisierung von Daseinsvorsorge (Höffler et al., 2013) sowie zivilgesellschaftliche Umwandlungen von Verkehrsräumen in Lebensräume (Allianz der freien Straße, 2022; Golomb, 1985).

Die **Komplexität transformativer** Aufgaben in der räumlichen Entwicklung ist angesichts der sich überlagernden Krisen durch klimatische, politische, pandemische und wirtschaftliche Ereignisse offensichtlich. Zudem erzeugen Einzelmaßnahmen gelegentlich auch kontraproduktive Effekte in davon beeinflussten Lebensbereichen. So verteuern sich z. B. dringend erwünschte erneuerbare Energien und dafür nutzbare Technologien und reduzieren dadurch deren Akzeptanz insbesondere bei den vielen Menschen mit niedrigem Einkommen, die sich solche Investitionen nicht leisten

- 1 Paradoxe Interventionen arbeiten mit einer Übertreibung festgefahrener Sichtweisen und Kommunikationspraktiken mit dem Ziel, diese als solche offenzulegen und dadurch neue Perspektiven auf einen Gegenstand zu eröffnen.
- 2 Gemeint sind damit klug konzipierte Interventionen an geeigneten Orten zum richtigen Zeitpunkt, die wie Akupunkturdenkhorizonte und Spielräume für **experimentelles und sozial innovatives Handeln** erweitern können.

können. Gleichzeitig erhöhen klimatische Veränderungen den Zeitdruck zur Umsetzung von Maßnahmen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass eine **transformative** Stadtentwicklung mit einem Fokus auf **sozialer Innovation**, wie sie von den Herausgeber*innen dieses Bandes angestrebt wird, nur durch eine kluge Bündelung aller verfügbaren Ressourcen in kooperativen Aushandlungsprozessen zu verwirklichen ist. Um entsprechende Maßnahmen realistisch **planen** und umsetzen zu können, ist auch eine Festlegung räumlicher und zeitlicher Prioritäten erforderlich. Diese können jedoch durch aktuelle politische Entwicklungen – wie beispielsweise die mühsam ausgehandelten Umsiedlungen für den Braunkohletagebau (Hater, 2000) – obsolet werden. Angesichts der **Komplexität** notwendiger räumlicher Veränderungen auf unterschiedlichen Handlungsebenen können aushandelnde Akteure längst nicht mehr auf schnelle Patentlösungen hoffen. Vielmehr ist multiperspektivisches Denken und Respekt gegenüber unterschiedlichen Erfahrungen und Wissensbeständen erforderlich, um trotz bestehender Ungewissheit und Unsicherheit relevante Handlungsziele immer wieder neu zu definieren und diese in adäquaten Aushandlungspraktiken unter Berücksichtigung lokaler und regionaler **Kontext**bedingungen umzusetzen. Vor diesem Hintergrund erscheint es im Vorfeld von Aushandlungen geboten, sich intensiver mit (Fehl-)Entscheidungen in der Vergangenheit zu beschäftigen und ihre Hintergründe zu analysieren, um Handlungsansätze auf der Basis einer sorgfältigen, kurz-, mittel- und langfristigen wirtschaftlichen, politischen, soziokulturellen und ökologischen Risikoabwägung entwickeln zu können. Dabei ist auch zu klären, welche Akteurskonstellationen unter welchen ethischen, **rechtlichen** und **sozialen** Gesichtspunkten Verantwortung für mögliche Fehlentwicklungen übernehmen und mit welcher materiellen Ausstattung diese ggf. kompensierbar sind. Die Verschiebung der Verantwortung zwischen Disziplinen, Fachressorts und räumlichen Entscheidungsebenen gilt es in Aushandlungsprozessen frühzeitig zu unterbinden zugunsten einer gemeinsamen Verantwortlichkeit aller Beteiligten und deren Bereitschaft, die **systemischen** Folgen ihres Handelns im Blickfeld zu behalten, um auch zukünftige Veränderungen mit einem Augenmerk für mögliche **soziale Innovationen** gesellschaftspolitisch gestalten zu können. Dieser hohe reflexive Anspruch kann zwar notwendige urbane **Transformationen** verzögern. Vorschnelle Entscheidungen angesichts der Dringlichkeit von **Transformationen** haben sich jedoch schon zu oft als kontraproduktiver und langfristig kostspieliger Bumerang erwiesen. Deshalb wird hier für gut durchdachte, interdisziplinär erarbeitete und schrittweise in ihren Ergebnissen evaluierte **Transformationsprozesse** plädiert, die **soziale Innovationen** am ehesten **nachhaltig** gewährleisten können.

Chancen und Grenzen sozialer Innovationen durch Aushandlung räumlicher Transformationen

Da der quantitative und qualitative Mehrwert **sozialer Innovationen** in unterschiedlichen Phasen der Aushandlung räumlicher **Transformationen** nicht von allen Beteiligten gleichzeitig erkannt wird, sollte diesem Aspekt in entsprechenden Prozessen mehr und gezielte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Denn alle kleineren und größeren räumlichen Veränderungen **wirken** sich auf Menschen aus: Sie nutzen Räume als Wohnende, Beschäftigte oder Reisende und erleben **soziale Innovationen** in unterschiedlicher Weise je nach Alters- und Geschlechtszugehörigkeit, Gesundheitszustand, **Bildungsniveau** und räumlichen Vorerfahrungen. Dies zeigt sich

besonders deutlich, wenn Menschen aus großstädtischen Umgebungen in suburbane Lebenswelten wechseln und auf Schwierigkeiten stoßen, ihre Alltagsroutinen fortzusetzen. Sie finden dort nicht sofort den ihrer Qualifikation angemessenen Arbeitsplatz und auch selten die gewohnte vielfältige Infrastruktur für Kinderbetreuung, **Bildung**, Gesundheitsversorgung etc. und müssen deshalb räumliche Anpassungen vornehmen (Menzl, 2007, S. 167–169). Auch Erfahrungen von Geflüchteten oder hoch qualifizierten Zuwander*innen verweisen darauf, dass eine Anpassung an fremde räumliche Lebensbedingungen nicht nahtlos funktioniert und vielfältige Aushandlungen in Nachbarschaften und mit Institutionen erforderlich sind, die ihrerseits solche Ankunftsräume prägen (Arouna et al., 2022; Becker, 2018; Yildiz, 2023).

Erfolgschancen von Aushandlungen in räumlichen Anpassungsprozessen sind davon abhängig, ob es den Beteiligten gelingt, ihre jeweiligen Perspektiven und Lebensrealitäten verständlich zu machen, um bestmögliche Lebensbedingungen zu erreichen. Dies kann am besten in **partizipativen** Aushandlungsverfahren auf Augenhöhe **gelernt** werden, die sich nicht allein auf Informationsvermittlung beschränken, sondern auch eine koproduktive Mitgestaltung zulassen. Es reicht z. B. nicht aus, Bündnisse für das Wohnen zwischen Politik und Wohnungswirtschaft auszuhandeln, wenn bezahlbares Wohnen dennoch für viele Menschen in der Praxis weiter nicht erreichbar bleibt. Umgekehrt müssen aber auch zivilgesellschaftlich **engagierte** Mieter*innen erkennen, dass die Umsetzung ihrer Forderung nach Kommunalisierung von Wohnungsbeständen nicht von allen Gemeinden finanzierbar ist und längerfristig auch mit Kürzungen staatlicher Leistungen in anderen wichtigen Lebensbereichen einhergehen kann. Auch Unternehmen mussten trotz ihrer **Kapitalmacht** vielerorts **lernen**, dass ihre Ziele nicht ohne Weiteres gegen politisch-administrative und zivilgesellschaftliche Interessen durchsetzbar sind: Denn Kommunen können – wie beispielsweise im Fall des auf spekulative Verwertung wartenden Hamburger Holsten-Areals – Baugenehmigungen verweigern, an Anforderungen knüpfen oder den Rückkauf eines Baugebietes einleiten. Auch Bürger*inneninitiativen gelingt es immer wieder – wie im Hamburger Gängeviertel (Ziehl, 2020) oder auf dem Esso-Areal an der Hamburger Reeperbahn (Tribble, 2021) –, Investoren**pläne** durch künstlerische Interventionen zu durchkreuzen. Empfehlenswerte und bis heute anregende strategische Überlegungen zu erforderlichem **Lernen** von unterschiedlichen Akteuren in Aushandlungsprozessen regionaler Entwicklungsperspektiven finden sich in der Analyse „Lernender Regionen“ von Stein (2015). Die Akzeptanz **komplexer** räumlicher **Transformationen** setzt voraus, dass damit einhergehende **soziale Innovationen** als Mehrwert erlebbar sind. Nur so sind schließlich auch die dafür erforderlichen politischen Mehrheiten in demokratischen Entscheidungsprozessen erreichbar.

Literaturverzeichnis

- Allianz der freien Straße (Hrsg.). (2022). *Manifest der freien Straße*. Jovis.
- Altrock, U. (2018). Stadterneuerung. In Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.), *Handwörterbuch der Stadt und Raumentwicklung* (S. 2441-2450). ARL.
- Altrock, U., Kunze, R., Kurth, D., Schmidt, H., & Schmitt, G. (Hrsg.). (2023). *Stadterneuerung und Spekulation: Jahrbuch Stadterneuerung 2022/2023*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-39659-6>
- Arouna, M., Breckner, I., Budak-Kim, H., Ibis, U., Meyer, F., & Schroeder, J. (2022). *Transformationsprozesse am Fluchttort Stadt*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-37421-1>
- Becker, A. (2018). *Zwischen Mobilität und Sesshaftigkeit: Sozialräumliche Verortung hochqualifizierter Migranten in Hamburg*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-22116-4>
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). (o. J.). *Die Entwicklung der Internationalen Bauausstellungen*. Abgerufen am 11. September 2023 von <http://www.internationale-bauausstellungen.de/iba-geschichte>
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB). (o. J.). *Die Neue Leipzig-Charta*. Abgerufen am 19. Dezember 2023 von <https://www.bmwsb.bund.de/Web/BMWSB/DE/themen/stadt-wohnen/stadtentwicklung/neue-leipzig-charta/neue-leipzig-charta-node.html>
- Golomb, E. (Hrsg.). (1985). *Verkehrsberuhigung und Sozialraumgestaltung im Wohngebiet*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hater, K. (2000). *Gesellschaftliches Lernen im politischen Diskurs: Eine Fallstudie zum Diskurs über das Braunkohletagebauvorhaben Garzweiler II*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-93224-2>
- Helbig, M., & Jähnen, S. (2018). *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. <https://hdl.handle.net/10419/179001>
- Höffler, F., Schaefer, C., Papenfuß, U., Rosenfeld, M. T. W., & Landsberg, G. (2013). Rekommunalisierung: Renaissance öffentlicher Unternehmen? *Wirtschaftsdienst*, 93, 71-86. <https://doi.org/10.1007/s10273-013-1489-1>
- Honegger, C., & Heintz, B. (Hrsg.). (1981). *Listen der Ohnmacht: Zur Sozialgeschichte weiblicher Widerstandsformen*. Europäische Verlagsanstalt.
- Kurz, D. (2015). Kollektive Wohnformen. In M. Hugentobler, A. Hofer, & P. Simmendinger (Hrsg.), *Mehr als Wohnen: Genossenschaftlich Planen – Ein Modellfall aus Zürich* (S. 34-39). Birkhäuser. <https://doi.org/10.1515/9783035604634>
- Menzl, M. (2007). *Leben in Suburbia: Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg*. Campus.
- Schmid, S., Eberle, D., & Hugentobler, M. (Hrsg.). (2019). *Eine Geschichte des gemeinschaftlichen Wohnens: Modelle des Zusammenlebens*. Birkhäuser. <https://doi.org/10.1515/9783035618709>
- Schumacher, V. (2009, 8. Januar). Der Rote Punkt der Solidarität. *NDR*. <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Juni-1969-Aktion-Roter-Punkt-Boycott-gegen-Fahrpreiserhoehungen,aktionroterpunkthannover2.html>
- Selle, K. (1986). *Bestandspolitik: Zehn Beiträge zu Stadterneuerung und Wohnungspolitik*. Verlag für wissenschaftliche Publikationen.
- Stein, U. (2015). Die Regionalen in Nordrhein-Westfalen als reflexive Regionalpolitik. *Informationen zur Raumentwicklung*, 3, 261-271.
- Tribble, R. (2021). Reizungen und Reaktionen: Kunst und Planung [Dissertation, HafenCity Universität Hamburg]. <https://repos.hcu-hamburg.de/handle/hcu/562>
- Yildiz, E. (2023). Bausteine zu einer Ethik urbaner Konvivialität. In W.-D. Bukow, J. Rolshoven, & E. Yıldiz (Hrsg.), *(Re-)Konstruktion von lokaler Urbanität* (S. 127-143). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-39635-0_7
- Ziehl, M. (2020). *Koproduktion Urbaner Resilienz: Das Gängeviertel in Hamburg als Reallabor für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung mittels Kooperation von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung*. Jovis.

